

## Prof. Dr. Hilde Benjamin dankt

Ober die vielen Glückwünsche, die mir anlässlich meines 75. Geburtstages von Mitarbeitern der Justiz zugegangen sind, habe ich mich aufrichtig gefreut. Ich danke allen Genossen und Kollegen, insbesondere den Mitarbeitern aus den ersten Jahren des Neuaufbaus unserer Justiz, sehr herzlich für ihr freundschaftliches Gedenken.

Hilde Benjamin

1946 und Rheinland-Pfalz 1947, sind bis heute nicht verwirklicht.

Das Bonner Grundgesetz wird als Muster der Verfassung eines „Rechtsstaates“ gepriesen, aber es kennt nicht das einfachste Menschenrecht: das Recht auf Arbeit. Die in der BRD erscheinende „Süddeutsche Zeitung“ erklärt das am 24. September 1976 ihren Lesern so: „Ein Recht auf Arbeit hätte keine Chance gehabt, einlösbar zu werden,“ und sei deshalb erst gar nicht in die Verfassung aufgenommen worden.

Die tiefere Ursache dafür liegt darin, daß das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem infolge seines Klassenantagonismus nicht in der Lage ist, den Werktätigen das grundlegende Menschenrecht auf Arbeit zu gewähren — weder real noch formal. So wird in den kapitalistischen Ländern auch die Festlegung des Art. 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 nicht verwirklicht, in der es heißt: „Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit.“ Wie recht hatte doch Jacques Roux, ein führender Kopf der Französischen Revolution von 1789, wenn er feststellte: „Die Freiheit ist ein leerer Wahn, solange eine Menschenklasse die andere ungestraft aushungern kann. Die Gleichheit ist ein leerer Wahn, solange der Reiche das Recht über Leben und Tod seiner Mitmenschen ausübt.“

Diese Einschätzung ist auch heute noch voll gültig. Die Arbeitslosigkeit ist ein ständiger Begleiter des Monopolkapitals. Das ergibt sich aus den offiziellen Angaben der kapitalistischen Staaten, nach denen sich in diesen Hauptländern über 13 Millionen Arbeitslose befinden; darunter in den USA 9 Millionen und in der BRD 1,3 Millionen. Hinzu kommt die steigende Zahl der Kurzarbeiter. Die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus führte zur drastischen Erhöhung der Lebenshaltungskosten der breiten Massen, zur Senkung ihrer Reallöhne, zur Inflation und zu Währungskrisen.

Das Monopolkapital macht aus der Not eine Tugend. Es nutzt die Arbeitslosigkeit als Peitsche zur Disziplinierung der Arbeiter und Angestellten. Hierüber berichtete das SPD-Organ „Die Neue Gesellschaft“ wie folgt: „Die durch die Arbeitslosigkeit ausgelöste Verunsicherung bei vielen Arbeitnehmern, dies gilt insbesondere für Arbeitnehmer in krisenanfälligen und strukturgefährdeten Branchen und Unternehmen, hat zur Minderung der Bereitschaft beigetragen, eigene Interessen und Rechte mit Nachdruck zu vertreten. Darüber hinaus macht sich in diesen gefährdeten Betrieben und Unternehmen bei den Arbeitnehmern eine Entsolidarisierung bemerkbar, die bewußt von den jetzt wieder ‚Herrschaftsluft‘ witternden Vorgesetzten ausgenutzt wird. ... So wirkt sich die Arbeitslosigkeit und die Ungewißheit über die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes als ‚Druck- und Disziplinierungsmittel‘ aus, was nicht zuletzt zur Minderung der Sensibilität

gegen Arbeitsdruck und Erhöhung der Arbeitsnormen führt.“ Wie in dem Artikel weiter berichtet wird, führt die Sorge um den Arbeitsplatz zu einer erheblichen Steigerung der Arbeitsproduktivität bis zu zehn Prozent; viele Arbeiter, die objektiv krank seien, gingen dennoch in den Betrieb, um dadurch einer Kündigung zu entgehen. Die Unternehmer nutzten die Situation auch dazu aus, daß sie ausgeklügelte Systeme der Leistungssteigerung einführten, so z. B. Erhöhung der Mehrstellenbesetzung durch das sog. Job-Rotations-System. Diese Untersuchungen beweisen, daß das Monopolkapital objektiv überhaupt nicht an der Beseitigung der Arbeitslosigkeit interessiert ist.

Bemerkenswert sind auch die in der Zeitung „Die Welt“ am 6. September 1976 veröffentlichten Angaben über die Zunahme der Dauer der Arbeitslosigkeit der Werktätigen. Es heißt dort: „Immer mehr Arbeitslose müssen mit immer längerer Arbeitslosigkeit rechnen.“ Es werden Angaben der Bundesanstalt für Arbeit wiedergegeben, nach denen die Arbeitslosigkeit mit einer Dauer von ein bis zwei Jahren um 117 Prozent, die Arbeitslosigkeit mit einer Dauer von mehr als zwei Jahren um 177 Prozent Zunahmen. „Die Welt“ schreibt: „Wer ein Jahr ohne Stellung war, gilt nur zu leicht als ‚überhaupt nicht mehr zu vermitteln‘...“

Besonders hart ist die Jugend der kapitalistischen Länder von der Arbeitslosigkeit betroffen. Die Zahl jugendlicher Arbeitsloser beträgt allein in Westeuropa über 1,5 Millionen. „Das Parlament“ (Bonn) schrieb am 16. Oktober 1976: „Ein Gespenst geht um in der Bundesrepublik Deutschland — das Gespenst der Jugendarbeitslosigkeit ... Die einzelnen Schicksale arbeitsloser Jugendlicher summieren sich in der Statistik zu einer gewaltigen Lawine, zu einem bundesweiten Ausbildungsnotstand, wenn nicht gar zu einer Katastrophe.“ Die Zeitung zitiert den Bonner Bildungsminister Rohde, der so urteilte: „Ohne Übertreibung halte ich dies für eine der größten Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts. Die Bildungs- und Lebenschancen einer ganzen Generation stehen auf dem Spiel...“ Andere großbürgerliche Zeitungen haben inzwischen die jungen Menschen zynisch als Angehörige einer „verlorenen Generation“ bezeichnet, die nicht wissen, ob sie jemals eine qualifizierte Berufsausbildung erhalten werden.

Unlängst veröffentlichte „Das Parlament“ in einer speziellen Beilage eine Untersuchung „Zur Lebenssituation arbeitsloser Jugendlicher“. Wie mitgeteilt wird, werden darin die Ergebnisse eines Projekts des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales des BRD-Landes Nordrhein-Westfalen zusammengefaßt. Es handelt sich um arbeitslose Jugendliche im Duisburger Arbeiterviertel Hamborn, dem — wie es heißt — in der BRD wohl am stärksten von der Jugendarbeitslosigkeit betroffenen Großstadtdistrikt. „Hier ist jeder dritte bis vierte Arbeitslose ein Jugendlicher unter 20 Jahren.“ Das ganze Ergebnis der Untersuchung besteht darin, die betroffenen Jugendlichen bestimmten „Typologien“ zuzuordnen. Etwa so: Ungebrochene und Gebrochene. Darunter wieder zwei „Haltungstypen“: Zuversichtlich/Fragmatische und Resignativ/Apathische! Diese Zuordnung soll „zu ihrer Lebenssituation das tatsächliche Ausmaß ihrer Betroffenheit widerspiegeln“. Welch ein Hohn! Statt die wahren Ursachen der Enttäuschung der Jugendlichen aufzudecken, werden sie zu einem „Verhaltensproblem arbeitsloser Jugendlicher“ heruntergespielt. Ursache